



28/SN-320/ME

VEREINIGUNG ÖSTERREICHISCHER INDUSTRIELLER

Präsidium
des Nationalrates

Parlament
1017 W i e n

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	50 - GE/90
Datum:	4. OKT. 1990
	5. Okt. 1990
Verteilt	

Dr. Baier

GZ 12.100/99-I 5/90

1990 10 02

Dr. Du/Sve

Betrifft: Entwurf eines Forderungsexekutions-
Änderungsgesetzes - FEÄG

In der Beilage übermitteln wir Ihnen 25 Exemplare unserer
Stellungnahme zu obigem Gesetzentwurf.

VEREINIGUNG ÖSTERREICHISCHER INDUSTRIELLER

Dr. Tritremmel
Dr. DunglBeilagen



VEREINIGUNG ÖSTERREICHISCHER INDUSTRIELLER

Bundesministerium
für Justiz

Museumstraße 7
1070 W i e n

GZ 12.100/99-I 5/90

1990 10 02
Dr.Du/Sve

Betrifft: Entwurf eines Forderungsexekutions-
Änderungsgesetzes - FEÄG

Wir gestatten uns, zu obigem Entwurf zunächst mitzuteilen, daß wir ihn grundsätzlich befürworten. Dies gilt insbesondere für die damit verbundene Vereinfachung der Rechtslage, die Beseitigung nicht gerechtfertigter Ungleichbehandlungen sowie die Verbesserung der Rechtsstellung des Drittschuldners und dessen Entlastung überhaupt. Darüber hinaus werden durch den Entwurf einige wichtige Zweifelsfragen geklärt.

Zu einzelnen Bestimmungen des Entwurfes möchten wir jedoch noch folgendes anmerken:

Zu § 290 EO:

Aus grundsätzlichen Erwägungen halten wir eine Gleichbehandlung von Pensionsnachzahlungen iSd Z 12 mit laufenden Pensionszahlungen für gerechtfertigt und geben daher eine entsprechende Korrektur des Katalogs unpfändbarer Forderungen zu überlegen.

- 2 -

Zu § 292 a EO:

Die in Abs 2 vorgesehene Erhöhung des unpfändbaren Grundbetrages von Amts wegen ist grundsätzlich gerechtfertigt. Im Hinblick auf die mit der Regelung der Pfändbarkeit von Leistungen bei Arbeitslosigkeit verfolgte Zielsetzung (7.3. der Erläuterungen zu § 290 a) halten wir jedoch im Zusammenhang mit dem Arbeitslosengeld ein Abstellen auf die Umstände des Einzelfalles für angezeigt.

Zu §§ 292 h, 302 EO:

Die für Drittschuldnerkosten festgesetzten absoluten Beträge sollten ähnlich wie die Unpfändbarkeitsbeträge ohne Gesetzesänderung an geänderte wirtschaftliche Verhältnisse angepaßt werden können.

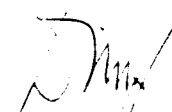
Zu § 301 EO:

Mit dieser Bestimmung, welche die Geltendmachung eines Kostenersatzanspruches im Drittschuldnerprozeß ermöglicht, sollte keine Haftungserweiterung für den Drittschuldner verbunden sein.

Abschließend möchten wir noch besonders die - auch im Entwurf beachtete - Bedeutung einer ausreichenden Legisvakanz zur Durchführung der erforderlichen Umstellungsarbeiten hervorheben.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme wurden dem Präsidium des Nationalrats übermittelt.

VEREINIGUNG OESTERREICHISCHER INDUSTRIELLER


Dr. Tritremmel
Dr. Dungal